

Donnerstag

Illustriertes

Das Blatt des gesunden Menschenverstandes

Im Einzelverkauf
20 Pfg.

Englands Ziel: Neuer Krieg

Deutschland am Scheidewege: Paris oder London?

Viel höfliche Worte,
aber kein Geld

von Dr. Fritz Gerlich

Preisbild der Woche zum Thema „Ernte“



Motto: Deutscher Bauer, halte durch!
Eingesandt von Pech, Zwiesel, Bayerischer Wald

Der englische Ministerbesuch in Berlin hat uns viele Sympathieerklärungen und höflich formulierte politische Belehrungen eingetragen, aber wenig Geld. Die jetzige englische Staatsregierung hat das Leitziel, an dem Deutschland heute infolge seiner schweren Wirtschaftskrise angebunden ist, nicht aus der Hand gegeben.

Frankreich und England ringen eben zur Zeit um eine solche Verstärkung ihrer Herrschaft über uns, bis sie unsere Volkstraft ihren eigenen weltpolitischen Zwecken dienstbar machen können. Das Mittel, das sie dazu benützen, ist unsere Wirtschaftskrise, deren unerhörte Schärfe wir, wie schon wiederholt gezeigt, der rechtsradikalen Politik und der voraussetzungslosen Geschäftsgebärung eines beträchtlichen Teiles unserer Wirtschaftsführer verdanken.

In der weltpolitischen Betrachtung der vorigen Nummer erklärte ich, das Ergebnis der 7-Mächte-Konferenz in London und der vorausgegangenen deutsch-französischen Verhandlungen lasse sich am besten auf den einen Satz bringen: Es ist Frankreich nicht gelungen, die Söhne zuzuziehen, die es Deutschland um den Hals geworfen hat; es ist aber auch Deutschland nicht gelungen, den Kopf aus der Söhne zu ziehen. In der seitdem verflochtenen Woche sind uns allerlei Mitteilungen geworden, die erkennen lassen, daß auch die englisch-amerikanische Politik es sorgfältig unterläßt, uns durch eine große langfristige Kreditgewährung aus der derzeitigen Krise herauszuheben und damit weltpolitisch wieder handlungsfreier zu machen.

Englands Ohnmacht

Man hat diese Haltung der angelsächsischen Weltmächte mit dem Hinweis auf die derzeitige Weltwirtschaftslage entschuldigt. Es ist auch nicht zu verkennen, daß die französische Finanzpolitik sich bis aufs äußerste angestrengt hat, eine derartige Hilfeleistung der angelsächsischen Mächte, insbesondere Englands, zu verhindern, wenn ihre Außerung überhaupt je mehr als eine Drohung gegenüber Frankreich war. Der Ausweis der Bank von Frankreich zeigt, daß ihr Goldbestand in der letzten Woche um rund eine Milliarde Goldmark zugenommen hat, während gleichzeitig die englische Bank Gold abgeben mußte. Diese Tatsache beweist, daß Frankreich noch weiter Kredite zurückgezogen hat, und zwar insbesondere von dem Londoner Markt. Das gleiche beweist die Londoner Diskonterhöhung.

Frankreich hat also die Drohung, ihm die Macht über Deutschland durch die Gewährung langfristiger Kredite zu entziehen oder zu vermindern, durch Maßnahmen zu parieren gesucht, die zu einer starken Verknappung des englischen Geldmarktes führten. Damit ist natürlich auch die Handlungsfreiheit der Engländer — nämlich ihre Möglichkeit, Deutschland langfristige Kredite zu gewähren — entsprechend eingeschränkt worden. Ich bin nun der Ansicht, daß auch ohne diesen französischen Schachzug die angelsächsischen Weltmächte, insbesondere England, gar nicht ernstlich an eine große und langfristige Kreditgewährung an Deutschland gedacht haben. In dem Aufsatz „Kredite und Bedingungen“ in Nr. 29 vom 19. Juli dieses Blattes zeigte ich, wie sich die Weltmächte zu einer Eintreibung Frankreichs anschiden. In dieser Eintreibungs politik spielt Deutschland eine wichtige Rolle als Schachfigur — nicht als Willensträger.

Gelänge nun eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich, die wirklich für die Zukunft ein friedliches Nebeneinanderleben der beiden Völker bringt, so wäre die Eintreibung Frankreichs aufgehoben. Frankreich bekäme durch eine solche Verständigung sogar eine erhöhte Handlungsfreiheit für seine übrige Weltpolitik. Nun wissen die englischen Politiker natürlich ebensogut wie wir, daß sich sowohl in Deutsch-

land wie in Frankreich Menschen ernstlich um eine solche Verständigung bemühen. Es liegt daher im Interesse Englands, seine Politik gegenüber Deutschland so zu führen, daß diese Verständigung verhindert wird. Der einfachste Weg dafür ist der, Deutschland in einer wirtschaftlichen Lage zu halten, die ihm möglichst jede Handlungsfreiheit nimmt, so daß es auch keine England unangenehme Politik machen kann. Deshalb hat die englische Politik jede Kre-

Noch einmal das Telegramm:

„Es war mehr als ein Verbrechen,
es war ein Fehler“

Die rechtsradikale Führung hat mit ihrem Telegramm an Brüning während der Londoner Verhandlungen den Engländern diese Politik sehr erleichtert. Die darin angebotene Revolution der deutschen Jugend und Verweigerung der Anerkennung von Verpflichtungen, die Brüning eingehen würde, hat von selbst dazu geführt, daß die ausländischen privaten Geldgeber Deutschland gegenüber nur noch zurückhaltender geworden sind. Vor allem gilt das für diejenigen Länder, die in dem augenblicklich im Vordergrund stehenden weltpolitischen Spiel als neutral anzusehen sind. Wir erfuhr am Mittwoch der vergangenen Woche, daß z. B. die Holländer bezüglich der Aufrechterhaltung ihrer zur Zeit noch in Deutschland befindlichen Kredite große Schwierigkeiten machen.

Das Brüning-Telegramm der rechtsradikalen Opposition hat also dafür gejorgt, daß der Zufluß privaten und neutralen ausländischen Kredites nach Deutschland abgetropft wurde. Ein solcher Zufluß aber hätte unsere Wirtschaft gestärkt und damit natürlich im gleichen Ausmaß von der politischen Beherrschung durch dasjenige Auslandsgeld unabhängig gemacht, das — wie das englische und französische — sich dem Willen seiner Regierungen gemäß verhält. Die

dithilfe unterlassen, die durch Größe und Langfristigkeit unsere Politik wieder unabhängiger gemacht hätte. Deshalb hat man die Form des Stillehaltens der derzeitigen Kreditgeber gewählt. Denn sie erlaubt, diese Kredite jederzeit zurückzuziehen und damit den wirtschaftlichen Zusammenbruch Deutschlands zum Ausbruch zu bringen, wenn Deutschland es wagen sollte, sich vom englischen weltpolitischen Leitziel freizumachen.

automatische Folge dieser privaten neutralen Kreditgewährung, nämlich die Stützung unserer Wirtschaft hätte also auch im gleichen Schritt unsere politische Stellung gegenüber dem Ausland verstärkt und uns wieder etwas mehr politische Handlungsfreiheit gegeben.

Die rechtsradikale Opposition, die sich in ihrer Bescheidenheit die nationale nennt, behauptet ständig, ihr Ziel sei die Wiederherstellung der Unabhängigkeit Deutschlands gegenüber dem Ausland. Wie man hier sieht, bewirkt ihre Politik in der Praxis das Gegenteil. Ihre Politik ist eben von jeder Einsicht in die weltpolitischen Zusammenhänge und ebenso von jeder Bereitwilligkeit verlassen, die nationalen Gesamtinteressen über parteipolitische Separatziele zu setzen. Deshalb hat sie dazu geführt, daß England es nicht einmal etwas Besonderes kosten lassen würde, um Deutschlands jetzigen Zustand der Handlungsfreiheit aufrechtzuerhalten.

Ich hatte in dem Leitartikel der vorigen Nummer erklärt, daß die Franzosen sofort nach Bekanntwerden des Telegramms der rechtsradikalen Opposition ihre Verhandlungstaktik in London geändert haben. Sie entnahmen aus diesem Telegramm, daß ihr Ziel gegen Deutschland, nämlich die Vernichtung des heutigen Staats-

verbandes des deutschen Volkes, jetzt von der rechtsradikalen Opposition selbst besorgt werden wird. Sie konnten also Frankreich der Welt gegenüber von dem Dilemma befreien, daß es die schwere Not eines großen Kulturvolkes zu seiner Staatsvernichtung benütze, nachdem Deutsche, nämlich diese „nationale“ Opposition, diese Arbeit jetzt selbst in die Hand nahmen.

Private Nachrichten über den Verlauf der Londoner Konferenz, die in der Zwischenzeit eingetroffen sind, bestätigen, daß die französischen Unterhändler in der Tat sofort nach Bekanntwerden dieses rechtsradikalen Telegramms die Taktik geändert haben. Während sie sich vorher zu Stützungaktionen für Deutschland geneigter zeigten, hätten sie jetzt sogleich die kalte Schulter gezeigt, das heißt sich weitgehend uninteressiert an einer positiven Hilfe für Deutschland erklärt. Sie haben nur mehr der Form nach — um nicht allein daneben zu stehen — die Stillehalte-Aktion mitgemacht, was sie nicht viel kostete, weil das heute noch in Deutschland befindliche französische Kapital nur mehr 5—6 Prozent der Auslandskredite ausmacht.

Frankreichs klares Ziel:

Weltpolitische Spannungszustände von so außerordentlicher Stärke wie der gegenwärtigen, zeigen regelmäßig einen jähen, sich öfters wiederholenden Wechsel der Frontstellung und der Mittel zum Ziele bei jenen Mächten, die Verhandlungsfreiheit besitzen. So ist es auch bei der französischen Politik.

Ich sagte, das Ziel der französischen Politik sei die Vernichtung des derzeitigen Staatsverbandes des deutschen Volkes. Richtiger müßte ich sagen, es sei das eine Etappe auf dem Wege zu jenem Ziel, das die französische Politik beherrscht. Das letzte Ziel der französischen Politik ist die Sicherung des französischen Staates, und zwar nach Möglichkeit in seiner jetzigen Machtgröße.

Wir finden es unverstänlich und wenig glaubwürdig, wenn gute Kenner der breiten Schichten des französischen Volkes erklären, es wäre von einer ständigen Angst um seine Sicherheit beherrscht. Uns scheinen nicht mit Unrecht die Machtmittel des heutigen französischen Staates so riesengroß und die uneren dagegen so klein, daß wir uns nicht vorstellen können, wie das französische Volk sich guten Glaubens dieser Sorge hingeben kann.

Es ist natürlich klar, daß diese Sorge, die gewöhnlich als Sorge vor Deutschland ausgesprochen wird, nicht auf der Sorge vor uns allein beruht. Es ist die Sorge vor einer Koalition der Mächte mit Deutschland zusammen gegen Frankreich. Und es ist nur diplomatische Taktik, wenn die heutigen französischen politischen Publizisten nicht ganz offen sagen: Unsere wirkliche Sorge ist die, daß England, das sich durch unsere jetzige Machtmittel bedroht fühlt, wieder eine Koalition mit uns zusammenbringt, wie das schon so oft in unserer Geschichte der Fall war. Und zwar fürchten wir einen Weltkrieg, in dem Deutschland der „kontinental-Degen“ Englands ist.

Die politisch gutgeschulte französische Presse unterläßt es nach Möglichkeit, diese Sorge so zu beschreiben, wie sie in Wirklichkeit besteht und hier geschildert ist, nämlich als Sorge vor der englischen Eintreibungs politik unter Benützung der deutschen Volkskräfte zu einem Koalitionskrieg.

Wenn man die politischen Äußerungen aus Frankreich seit dem Frieden 1918/19 aufmerksam betrachtet, so sah man, wie sehr es sich um die Fortsetzung der Entente bemühte, gleichzeitig aber riesige Opfer für seine Rüstung brachte. Sehen wir uns diese Rüstung näher an, so bemerken wir, daß Frankreich an seiner Ostgrenze, also gegenüber Deutschland, ein ungeheures Verteidigungswert aufwies.

Es ist damit natürlich nicht bewiesen, daß die Franzosen bei einem kommenden Koalitions-